



KONZEPTE FÜR HESSEN – TOUR 2012

Raus aus den Landtagsbüros, Zeit für den Dialog vor Ort



Tarek Al-Wazir

Am 20. August haben wir unsere „Konzepte für Hessen-Tour 2012“ gestartet. Wir wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen. Dafür haben wir seit Beginn der Legislaturperiode zahlreiche Konzepte für Hessen erarbeitet. CDU und FDP haben nichts erreicht und auch nichts mehr vor. Wir zeigen mit konkreten und machbaren Konzepten die Alternative zur schwarz-gelben Tristesse auf. Wir freuen uns auf den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern über unsere Vorschläge und Ideen. Unser Motto für die nächsten Monate ist: Raus aus dem Landtagsbüro, hin zu den Bürgerinnen und Bürgern. Von August bis Oktober 2012 besuchen unsere Abgeordneten die Landkreise und kreisfreien Städte. Feste Bestandteile eines jedes Tourstopps sind das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern an einem Infostand und der Besuch von Einrichtungen, Vereinen oder Verbänden in der jeweiligen Region. Der Transport des Infostandes erfolgt mit einem extra gestalteten, mit Erdgas betriebenen Opel Zafira. Wenn also demnächst

ein knallgrünes Auto auf den Straßen zu sehen ist, dann ist es wahrscheinlich die GRÜNE Landtagsfraktion auf Tour. Uns ist vor allem der Dialog über unsere Konzepte wichtig. Wir wollen unsere



Inhalte vorstellen, aber vor allem auch zuhören, diskutieren und Ideen aufgreifen. Denn nach bald 14 Jahren CDU-Regierung braucht es dringend wieder eine andere politische Kultur. Das Land ist für die Bürgerinnen und Bürger da und gehört nicht einer Partei.

AUS DEM INHALT

Schuljahresbeginn	S. 2
Zukunft der Mobilität	S. 3
Gesundheit und Fluglärm	S. 4
Friedhofsgesetz	S. 5
NSU & Verfassungsschutz	S. 6
Energiewende	S. 7

ANGEBOT FÜR EINE BESSERE REGIERUNGSPOLITIK

Seit Beginn der Legislaturperiode haben wir zu den verschiedensten Themenfeldern der Landespolitik bislang 18 Konzeptpapiere vorgelegt. Weitere Konzepte werden folgen. Wir machen das, was Aufgabe einer konstruktiven Opposition ist: Die Alternativen zur Regierung möglichst konkret aufzeigen und den Menschen ein Angebot für eine andere, bessere Regierungspolitik nach der nächsten Wahl zu machen. Unser Motto lautet weiterhin „Konzepte für Hessen – Mit GRÜN geht's besser“.

Tarek Al-Wazir
Fraktionsvorsitzender

P.S.: Auf der extra erstellten Webseite zur Tour, zu finden unter www.gruene-hessen.de, haben wir alle Informationen zu den Stationen der Tour aufbereitet. Darüber hinaus natürlich unsere Konzepte, Videos, Bilder und Berichterstattung zur Tour und den einzelnen Stationen.

IMPRESSIONEN





SCHULJAHRESBEGINN: KEINE PERSPEKTIVEN

Die Äußerungen der neuen Kultusministerin Beer zu ihrem ersten Schuljahresstart kann man aus unserer Sicht nur als „perspektiv- und orientierungslos“ bezeichnen. Leider bringt auch die vierte Kultusministerin in vier Jahren keinen Aufbruch für Hessens Schulen.

Es ist schon eine traurige Tradition, dass die Landesregierung auch in diesem Schuljahr ihr Versprechen einer 105-prozentigen Lehrerversorgung nicht halten wird. Frau Beer bleibt auch jede Antwort schuldig, wie die dafür notwendigen 1600 Lehrerstellen noch bis zum Ende der Legislaturperiode geschaffen werden sollen. Offenkundig ist es bei Schwarz-Gelb längst beschlossene Sache, dass man das eigene zentrale Wahlverbrechen brechen will. Das Versprechen der

Regierung, die Schulsozialarbeit auszubauen, ist der neuen Kultusministerin noch nicht einmal mehr der Erwähnung wert. Auch beim Ausbau von Ganztagschulen bleibt es bei dem bisherigen Schnecken-tempo. Wer sich hier neue Impulse von Frau Beer erwartet hatte, wurde enttäuscht. Es bleibt dabei, dass echte Ganztagschulen weiter Mangelware in Hessen sind.

ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT

Selbst bei ihrem angeblichen Schwerpunkt, der selbständigen Schule, ist nicht erkennbar, wo die Landesregierung hin will. Neun Jahre nach dem ersten Beschluss des Landtags zur selbständigen Schule haben diesen Status gerade einmal 58 von rund 2000 Schulen erreicht.

unberechtigt zurück gewiesen. Jetzt soll es doch die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 geben. Allerdings weiß die Regierung bis heute nicht, wie genau sie das umsetzen will.

Auch drei Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention ist nicht zu erkennen, wie das darin vorgesehene inklusive Schulsystem verwirklicht werden soll. Im Gegenteil: das neue Schulgesetz und die entsprechende Verordnung sind Inklusion Verhinderungsinstrumente. Es ist offensichtlich, dass Schwarz-Gelb Inklusion nicht will.

Als hätten die Schulen nicht schon genug Probleme will Schwarz-Gelb mit dem Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetz die gesamte Bildungsverwaltung auf den Kopf stellen. Außer neue hoch dotierte Posten zu schaffen, ist der Sinn dieser Maßnahme nicht zu erkennen.

Die Landesregierung hat auch im Bereich der Bildungspolitik nichts erreicht und auch nichts mehr vor. Hessens Schulen haben besseres verdient.

SCHUL-INFO 2012/2013

Wie zu jedem Schuljahresbeginn haben wir auch diesmal ein Schul-Info heraus gebracht. Hier informieren wir umfangreicher über die aktuelle politische Situation und die Vorstellungen der GRÜNEN im Bereich Bildungspolitik. Zu finden unter:

www.gruene-hessen.de/themen/bildung



Offensichtlich ist die bildungspolitische Orientierungslosigkeit von Schwarz-Gelb auch bei der verkürzten Schulzeit zum Abitur (G8). Erst wird jahrelang stur an der Einführung von G8 festgehalten und alle Kritik als

DIE FDP MUSS ENDLICH AUCH IN HESSEN FARBE BEKENNEN

Gesetzentwurf zur Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften

Es ist an der Zeit, dass die FDP in Hessen endlich Farbe bekennt, angesichts der Vorlage eines Gesetzentwurfs zur vollständigen Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe durch Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Auch der hessische Justizminister Hahn hat diese Gleichstellung gefordert. Bisher folgen dem aber keine Taten.

KEINE HOHLEN WORTE MEHR

Wenn Hahn es ernst meint, dann muss er umgehend einen Gesetzentwurf vorlegen, der die rückwirkende Gleichstellung der Lebenspartnerschaften zum 1. August 2001 auch im Landesrecht ge-



währleistet, wie es der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entspricht. Sonst handelt es sich nur um hohle Worte und Schaumschlägerei. Wir haben einen Antrag in den Landtag eingebracht, der die Unterstützung der Initiative von Bundesfamilienministe-

rin Schröder und weiterer Unions-Bundestagabgeordneter zur steuerlichen Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnern und Eheleuten unterstützt, aber darüber hinaus auch die Rückwirkung im Landesrecht und die vollständige Gleichstellung verlangt.

GENAU HINSCHAUEN

Die Lesben und Schwulen in Hessen werden sehr genau hinschauen, ob die hessische FDP den vollmundigen Ankündigungen ihres Ministers und Landesvorsitzenden Taten folgen oder die Lesben und Schwulen in Hessen einmal mehr aus Angst vor dem Koalitionspartner im Regen stehen lässt.



ZUKUNFT DER MOBILITÄT

Energiewende nur mit Verkehrswende

Unser GRÜNES Verkehrskonzept zeigt auf, wie durch Vermeidung, Verbesserung und Verlagerung des Verkehrs der Klimaschutz vorangetrieben und das Mobilitätsbedürfnis der Menschen gewährleistet werden kann. Im Vergleich zum Jahr 1990 könnte so bis zum Jahr 2020 30 Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes (CO₂) eingespart werden. Erreicht werden soll dies durch eine Verkehrswende, die sowohl den Personen- als auch den Güter- und Luftverkehr umfasst.

SCHWARZ-GELB OHNE KONZEPT

Während es bei der Energiewende nur noch um das Wie und nicht mehr um das Ob geht, ist die Notwendigkeit einer Verkehrswende insbesondere bei der hessischen Landesregierung noch nicht angekommen. Steigende Benzinpreise, aber auch die Verpflichtung Deutschlands auf das von den Vereinten Nationen vereinbarte Klimaschutzziel – die Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal zwei Grad Celsius – erfordern eine deutliche Veränderung in der Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik. Die Zeit dafür ist günstig, denn gerade beim Auto gibt es eindeutige Trends weg vom ‚Besitzen‘ hin zum ‚Benutzen‘.

61 Prozent der CO₂-Emissionen im Verkehr entstehen im Personenverkehr, daher liegt hier das höchste Einsparpotenzial. „Die Stadt der kurzen Wege – eine stärkere Nutzungsmischung in den Quartieren – und ein konsequentes Flächenrecycling muss endlich Wirklichkeit werden. So kann in den Städten viel Verkehr vermieden werden. Darüber hinaus kann die inzwischen deutlich verbesserte Informations- und Kommunikationstechnologie weitere Wege ersetzen. Rund 45 Prozent aller Wege unter fünf Kilometern werden in Ballungsräumen mit dem Auto durchgeführt. Daher gibt

es neben der Vermeidung ein erhebliches Potenzial für die Verlagerung von städtischem Verkehr auf das Fahrrad und die Füße. Diesem Ziel muss die Infrastruktur vor allem in den Innenstädten angepasst werden.

VORRANG FÜR DEN ÖPNV

Busse und Bahnen müssen bei der Finanzierung, bei Planungs- und Verwaltungsvorschriften sowie bei aktivem Informieren und Werben Vorrang erhalten. Die Finanzierung der Verkehrsverbände muss an die reale Kostenentwicklung angepasst werden. Landesweite Job-Tickets sollen allen Beschäftigten



Handlungsbedarf besteht insbesondere im Straßenverkehr

angeboten werden. Dienstreisen von Landesbediensteten sollen in der Regel mit der Bahn durchgeführt werden.

EFFIZIENZ STEIGERN

Die reibungslose Abstimmung des öffentlichen Nah-, Regional- und Fernverkehrs sind die entscheidende Voraussetzung für das Reisen der Zukunft. Weitere Verkehrsmittel wie Pedelecs oder Carsharing-Fahrzeuge müssen zukünftig das Angebot im öffentlichen Verkehr an Umsteigepunkten wie Bahnhöfen oder Haltestellen ergänzen. Dazu gehören auch Park&Ride- und Bike&Ride-Plätze oder die Verfügbarkeit von Anrufsammeltaxis, sowie die Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern im Nah- und Fernverkehr.

Durch eine Verbesserung der Fahrzeugtechnik sowohl beim Auto als auch im öffentlichen Verkehr kann genauso Kohlendioxid eingespart werden wie durch

**KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER**

eine stärkere Auslastung von Bussen und Bahnen. Mitfahrzentralen, Pendlerportale und ad-hoc Mitnahmemöglichkeiten tragen ebenfalls dazu bei, Kohlendioxid von über 30 Prozent zu vermeiden.

GÜTERVERKEHR VERMEIDEN UND VERLAGERN

Der Güterverkehr ist für 26 Prozent der CO₂-Emissionen im Verkehr verantwortlich. Um Güterverkehr zu vermeiden, müssen regionale Wirtschaftskreisläufe und neue Belieferungskonzepte gestärkt werden. Durch einen neuen kombinierten Verkehr und ein dichtes Netz von Umladestationen sollen zumindest auf dem überwiegenden Teil der Strecke die umweltverträglicheren Verkehrsmittel im Güterfernverkehr genutzt werden. Erhebliche Effizienzgewinne können auch durch eine verbesserte Fahrzeugtechnik erzielt werden.

KURZSTRECKENFLÜGE AUF DIE SCHIENE

Das Flugzeug verursacht fast drei Mal so viel CO₂-Emissionen wie Busse und Bahnen. Deshalb fordern wir eine Verlagerung des größten Anteils des Kurzstreckenverkehrs auf die Bahn. Mit dem bestehenden Bahnangebot können bereits heute 16 Prozent aller Flüge ab Frankfurt durch Bahnfahrten mit weniger als vier Stunden Reisezeit ersetzt werden, bei sechs Stunden sind es sogar 30 Prozent. Zusätzlich kann durch den Wegfall von Privilegien – keine Mineralölsteuer auf Kerosin oder keine Mehrwertsteuer auf Auslandsflüge – und der Abbau von Subventionen für Flughäfen kann die prognostizierte Steigerung des Mittel- und Langstreckenverkehrs weitgehend vermieden werden.

Das gesamte Konzept unter:

<http://gruenlink.de/b7e>



NORAH-STUDIE ZU AUSWIRKUNGEN VON FLUGLÄRM

Die Studie weiterhin kritisch-konstruktiv begleiten

Wir haben uns in einer offenen Antwort auf einen offenen Brief von Ärztinnen und Ärzten aus dem Rhein-Main-Gebiet für die Fortführung der NORAH-Studie zur Ermittlung von Gesundheitsgefahren durch Lärm, vor allem Fluglärm, eingesetzt. Am 1. August hatten mehr als hundert Medizinerinnen und Mediziner den Abbruch der Studie gefordert, da es aus ihrer Sicht genug Erkenntnisse über die gesundheitsschädlichen Folgen von Fluglärm und Schadstoffemissionen gebe.

KRITIKPUNKTE AUSTRÄUMEN

Wir begleiten die NORAH-Studie dagegen weiterhin konstruktiv-kritisch und haben auch die Kritikerinnen und Kritiker aufgefordert, dieses zu tun. Wir wollen als Kritiker der Fluglärmbelastung möglichst alle Möglichkeiten nutzen und viele unterschiedliche Wege gehen, um eine wirksame Verringerung des Fluglärms in der Rhein-Main-Region zu erreichen. Wir fordern die Verantwortlichen des Umwelthauses auf, Kritikpunkte an der Erstellung der Studie auszuräumen und zum Beispiel die Auswahl der zu untersuchenden Personengruppen in der NORAH-Studie nachvollziehbar zu gestalten. Wir werden nicht rasten und ruhen und weiter dafür kämpfen, dass die Belastungen durch Fluglärm reduziert werden. Dabei halten wir die NORAH-Studie nicht für schädlich, sondern für eine zusätzliche Chance im Sinne der Betroffenen.

STUDIE IST AUCH EIN GRÜNES PROJEKT

Als diejenigen, die aus der parlamentarischen Opposition heraus eine solche Studie bei der Mehrheit des Hessischen Landtags durchgesetzt haben, halten wir es nach wie vor für notwendig, eine spezifisch für Frankfurt konzipierte Studie mit breiter wissenschaftlicher Absicherung durchzuführen. Wir setzen uns

seit Jahren dafür ein, die Belastungen des Fluglärms endlich ernst zu nehmen. Leider mussten wir dabei immer wieder feststellen, dass es nur sehr selten gelungen ist, öffentliche Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Unterstützung über den Kreis der direkt Betroffenen hinaus zu erreichen. Die Mehrheit im Landtag hatte uns nach der Veröffentlichung der



sog. Greiser-Studie sogar eine Anhörung im zuständigen Landtagsausschuss verweigert, ohne dass es zu einem großen öffentlichen Aufschrei in der Rhein-Main-Region gekommen wäre. Dies lag sicherlich daran, dass zu diesem Zeitpunkt die Nordwestbahn noch nicht eröffnet war, aber es zeigt, wie schwierig es ist, genügend öffentlichen Druck zu erzeugen.

ERGEBNISSE WERDEN JETZT MEHR WIRKUNG ZEIGEN

Wir erinnern an dieser Stelle daran, dass auch viele der jetzt den offenen Brief unterschreibenden Ärztinnen und Ärzte erst durch die unmittelbare persönliche Lärmbetroffenheit durch die Nordwest-Landebahn den Anstoß zu verstärkten öffentlichen Aktivitäten erhalten haben. Die schon vor der Eröffnung der Nordwestbahn vorliegenden Erkenntnisse sind leider nicht ausreichend gewesen, um große Aufmerksamkeit und damit auch entsprechenden gesellschaftlichen Druck jenseits des Kreises der direkt Betroffenen und langjährig Engagierten zu erzeugen. Das zeigt das Problem, dass die vorliegenden wissenschaftlichen Er-

kenntnisse nicht ausgereicht haben, sondern die persönliche Betroffenheit dazu kommen musste. Wir erwarten, dass die Ergebnisse der NORAH-Studie vor diesem Hintergrund viel intensiver aufgenommen werden, und mit ihr auch gesellschaftlicher Druck erzeugt werden kann, um den Fluglärm zu vermindern.

HANDELN, AUCH WENN DIE LOBBYISTEN WEITER WIDERSTAND LEISTEN

Erfahrungsgemäß können neue Erkenntnisse, wie sie durch solche Studien entstehen, politische Mehrheiten zum Handeln veranlassen, auch wenn die Lobbyisten weiterhin Widerstand leisten.

Die Debatte um das Rauchverbot in der Gastronomie hat gezeigt, dass erst Studien, deren Ergebnisse von interessierter Seite nicht mehr wegdiskutiert werden können, am Ende zu Ergebnissen führen, die allen guten Argumenten zum Trotz vorher nicht erreicht werden konnten. Ohne die im Dezember 2005 veröffentlichte Studie des Krebsforschungszentrums Heidelberg über die jährliche Zahl der Toten durch Passivrauch gäbe es bis heute keine Rauchverbote in Gaststätten.

Angesichts dessen sind wir weiterhin der Meinung, dass die Durchführung dieser Studie zu weiteren Einsichten bei handelnden Personen, und damit gegebenenfalls zu Verbesserungen für die vom Fluglärm betroffenen Personen, führen kann.

DOSSIER

Für diejenigen die sich noch einmal genau über die Thematik informieren wollen, haben wir auf unserer Webseite ein umfassendes Dossier „Fluglärm“ erstellt. Neben einer Einführung werden hier stets aktuelle Informationen ergänzt:

www.gruene-hessen.de/dossiers



WIR HABEN GEBURTSTAG!

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass die GRÜNEN im Hessischen Landtag in diesem Jahr ihr 30 jähriges Jubiläum feiern. Diesen Anlass möchten wir gebührend feiern und dazu sind alle Mitglieder ganz herzlich eingeladen. Gemeinsam wollen wir in angenehmen Ambiente und bei gutem Essen und Getränken die vergangenen Jahrzehnte Revue passieren lassen und einen kleinen Ausblick auf die nächsten 30 Jahre wagen. Anschließend werden die Rodgau Monotones ab 21:30 Uhr mit einem kleinen Konzert den Landtag rocken.

Wir laden dazu herzlich ein und freuen uns auf eine schöne Feier.

Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldung unter: www.gruene-hessen.de/landtag/30jahre

WAS
30 JAHRE GRÜNE LANDTAGSFRAKTION IN HESSEN

AM
FREITAG, 5. OKTOBER 2012 -
18:00 UHR

IM
HESSISCHEN LANDTAG -
FOYER -
EINGANG GRABENSTRASSE

MIT
EINEM KONZERT DER
RODGAU MONOTONES
(AB 21:30 UHR)

FRIEDHOFS- UND BESTATTUNGSGESETZ

Ende dieses Jahres läuft das befristete hessische Friedhofs- und Bestattungsgesetz aus. Aus unserer Sicht ist dies eine Gelegenheit, die bestehenden Vorschriften zu evaluieren und anzupassen. Denn bei genauerem Hinsehen rücken Fragestellungen in den Blick, die der Neubewertung und Überarbeitung bedürfen. Die hessische Landesregierung versuchte – nachdem auf ihren Wunsch hin die Befristung eingeführt worden war – nun die inhaltliche Diskussion zu umgehen. Versteckt in einem Artikelgesetzes sollte das Friedhofs- und Bestattungsgesetz ohne Nachbesserungen verlängert werden.

Es gibt durchaus Nachbesserungsbedarf und wir setzen uns im Innenausschuss für längst überfällige Verbesserungen des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes ein:

Das hessische Friedhofs- und Bestattungsgesetz ist in erster Linie auf christliche Bestattungsrituale und –traditionen ausgerichtet. Dies zeigt beispielsweise

der Sargzwang. Doch jeder vierte Hesse hat einen Migrationshintergrund und nach dem Christentum stellt der Islam heute die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Hessen. Eine kluge Integrationspolitik trägt dieser Entwicklung Rechnung und zwar in allen Lebensbereichen.

KEINE KINDERARBEIT

Doch neben dem Bestattungsritus gibt es weitere Themen, bei denen wir Handlungsbedarf sehen. Kaum bekannt ist, dass viele Natursteine, die in Deutschland zu Grabsteinen oder Grabeinfassungen weiter verarbeitet werden, aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen. Hier gilt es nicht nur ein Bewusstsein zu schaffen, sondern auch gesetzgeberisch tätig zu werden. Wir wollen im Gesetz eine Ermächtigungsgrundlage schaffen, dass Gemeinden durch kommunale Friedhofssatzung bestimmen können, dass nur noch Grabsteine und Einfassungen verwendet werden dürfen, die ohne

ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden. Schon im September 2010 hat der Sozialpolitische Ausschuss im Landtag auf unsere Initiative dazu einen einstimmigen Beschluss gefasst.

Neben den Fragen der Bestattung gibt es noch ein weiteres Thema, das wir auf die politische Tagesordnung bringen wollen: die Verbesserung der Leichenschau. Bei der Leichenschau wird der Körper der Verstorbenen von einem Arzt in Augenschein genommen, um die Todesursache festzustellen und eine unnatürliche Todesursache auszuschließen. Experten gehen jedoch davon aus, dass jedes zweite Tötungsdelikt bei der Leichenschau unentdeckt bleibt. Insbesondere in Pflegeheimen und bei älteren Verstorbenen werde häufig vorschnell eine natürliche Todesursache angenommen. Fehler in der Pflege werden möglicherweise nicht in ausreichender Form in Betracht gezogen. Wir fordern deshalb strengere Auflagen für die Durchführung der Leichenschau.



INNENAUSSCHUSS: AKTIVITÄTEN DES NSU IN HESSEN

Etwas Demut und das Eingestehen von Fehlern würden der Landesregierung guttun

Es ist aus unserer Sicht völlig unverständlich, dass der Staatssekretär im Innenausschuss für die Landesregierung erklärte, dass es bei der Aufklärung des NSU-Mordes im April 2006 in Kassel keine Konflikte zwischen den Ermittlungsbehörden und dem Verfassungsschutz in Hessen gegeben hat. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages hat dies in öffentlicher Sitzung hinreichend widerlegt, so dass überhaupt nicht zu erklären ist, warum das Innenministerium in Hessen, anders als andere Bundesländer, die Augen vor Fehlern bei der Aufklärung der NSU-Mordserie verschließt und damit jegliches Aufklärungsinteresse vermissen lässt.

DOSSIER

Für diejenigen die sich noch einmal genau über die Thematik informieren wollen, haben wir auf unserer Webseite ein umfassendes Dossier „NSU-Mordserie und Verhalten des Verfassungsschutzes“ erstellt. Neben einer Einführung werden hier stets aktuelle Informationen ergänzt:

www.gruene-hessen.de/dossiers

Wir GRÜNE fordern, gemeinsam mit der SPD, vom ehemaligen Innenminister und heutigem Ministerpräsidenten Bouffier (CDU), dass er alle Karten auf den Tisch legt, die zur Verweigerung der Aussagegenehmigung für V-Leute des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit der Rechtsterroristischen Mordserie der NSU geführt haben.

VIEL AUFKLÄRUNGSBEDARF

Wir wollen vom Ministerpräsidenten wissen, welche Gründe so ‚dringend‘ und so ‚zwingend‘ waren, dass die Ermittlungen in einem Serienmordverfahren durch seine Entscheidung behindert und verzögert wurden. Für eine derartige Entscheidung muss es schon überaus wichtige Gründe geben, diese Gründe muss der Ministerpräsident endlich nennen. Selbst der ehemalige bayerische Innenminister, Beckstein hatte um die Vernehmung des V-Manns gebeten, um unter Umständen bei den Mordermittlungen in Bayern weiter zu kommen. Trotz dieser Intervention von Beckstein wurde die Aussagegenehmigung für die V-Leute nicht erteilt, hier gibt es eine

Menge an Aufklärungsbedarf durch den heutigen Ministerpräsidenten.

Es hilft eben nicht den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses in Berlin, Edathy, zu beschimpfen ohne selbst an der Aufklärung der offenen Fragen mitzuwirken. Bislang haben sowohl Innenminister Rhein (CDU) als auch der heutige Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) die Parlamentarier lediglich über Tatsachen informiert, die bereits anderweitig öffentlich geworden sind. In Hessen muss es endlich eine eigenständige Aufklärung über die mangelnde Information des Verfassungsschutzes gegenüber der damaligen Ermittlungsbehörde geben. Auch bei Beachtung des Trennungsgebotes muss es eine verbesserte Kommunikation zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz und der hessischen Polizei geben.

Was die Verbrecher der NSU deutschlandweit angerichtet haben, ist schrecklich und nahezu unfassbar. Wie sich die hessische Landesregierung bei der Aufarbeitung der Ermittlungsspannen verhält ist einfach nur noch peinlich.

SONDERSITZUNG DES SCHULPOLITISCHEN AUSSCHUSSES

CDU fand nicht Kraft zur Distanzierung von Irmer

Wir bedauern es, dass die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP in der Sondersitzung des schulpolitischen Ausschusses nicht die Kraft gefunden haben, sich von den unsäglichen Äußerungen des CDU-Abgeordneten Hans-Jürgen Irmer in Sachen Islam zu distanzieren. Im Zusammenhang mit der Einführung des islamischen Religionsunterrichts hatte Irmer (CDU) im Wetzlar Kurier dem Islam und somit Muslimen in Hessen vorgeworfen, Täuschung von Andersdenkenden und Andersgläubigen gehöre zum Wesen des Islam. Wir hatten daraufhin eine Sondersitzung des schulpolitischen Ausschusses beantragt.



Religionsunterricht als Teil der Integration

Die Aussagen von Hans-Jürgen Irmer bleiben inakzeptabel, sie beleidigen tausende von Muslimen in Hessen und unterstellen ihnen bewussten Betrug im Namen ihrer Religion. Ein klares Wort der Distanzierung von CDU und FDP wäre hier vonnöten gewesen. Leider konnten sich die Abgeordneten von CDU und FDP nicht dazu durchringen.

NICHT AUF DIE LANGE BANK SCHIEBEN

Wir erwarten, dass Kultusministerin Beer (FDP) die vorliegenden Gutachten zum Islamunterricht an hessischen Schulen profunde, aber zügig prüft. Wir wollen, dass der Islamunterricht nicht durch unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Koalition weiterhin auf die lange Bank geschoben und Verwirrung geschaffen wird. Der Islamunterricht ist für viele junge Muslime ein Beitrag zur Identitätsbildung und somit zur Integration. Deshalb sollte er so schnell wie möglich kommen.



ENERGIEWENDE JETZT ANPACKEN

Zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie rechtssicher regeln

Wir sehen uns, nach der Anhörung zum Energiegesetz, in unserer Kritik des von der schwarz-gelben Landesregierung vorgelegten Entwurfs bestätigt. Die fehlende Konkretisierung der Umsetzung und die nicht vorhandenen Zwischenschritte auf dem Weg zu einem zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien versorgten Hessen im Jahr 2050 zeigt mal wieder wie ernst es die schwarz-gelbe Landesregierung mit der Energiewende meint. Aufgeschreckt wurden wir unter anderem auch durch die Einschätzung des Rechtsanwaltes Dr. Fabio Longo, der das Ziel, zwei Prozent der Landesfläche im Entwurf des Landesentwicklungsplans für Windenergie festzuschreiben, als „nicht rechtssicher umgesetzt“ ansieht. Wir fordern die Landesregierung auf, dies umgehend einwandfrei und rechtssicher zu regeln.



VIELE ANGEHÖRTE MIT DEUTLICHER KRITIK

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des hessischen Energiegipfels haben sich darauf geeinigt, dass Hessen bis zum Jahr 2050 zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien versorgt werden soll. Viele der Angehörten teilen unsere Kritik, dass keine Teilschritte vorgesehen sind, wie dies erreicht werden kann und

auch die Kontrollmöglichkeiten fehlen. Zudem wird in diesem Gesetzentwurf nicht gelöst, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Soll es allein durch finanzielle Förderung erreicht werden, was bei der Kassenlage des Landes schwierig wird? Und wenn man sich die ordnungspolitischen Maßnahmen ansieht, stellt man fest, dass sie gerade im Wärmebereich kaum genutzt werden. Da wird es schwierig, hundert Prozent erneuerbare Energien zu erreichen.

Als Fazit der Anhörung bleibt für uns GRÜNE, dass sich mehr Fragen aufgrund dieses Gesetzentwurfs stellen als Antworten gegeben werden. Einem zielgerichteten Ausbau der erneuerbaren Energien in Hessen nützt dieser Gesetzentwurf von Schwarz-Gelb nichts.

GRÜNE FRAKTION AUF DEM HESSENTAG IN WETZLAR

Genau wie in den letzten Jahren, waren wir auch in diesem Jahr als Landtagsfraktion auf dem Hessttag, diesmal in Wetzlar, zu Gast. Neben dem obligatorischen Stand in der Landesausstellung gab es auch wieder eine öffentliche Fraktionssitzung. Wir freuen uns über die vielen Besucher bei unserer öffentlichen Fraktionssitzung auf dem Hessttag in Wetzlar und sind begeistert, dass so viele und vor allem junge Leute zu uns gekommen sind, um eine Fraktionssitzung hautnah mitzuerleben. Wir ha-

ben eine ganz normale Fraktionssitzung gemacht, in der Anträge beschlossen wurden und auch eine Pro- und Contra-Diskussion zu einem Thema geführt wurde, bei dem wir uns erst eine Meinung bilden, nämlich zum Thema Sicherheitseuro bei Fußballspielen.

Mit den Schülerinnen und Schülern haben wir Pro und Contra diskutiert. Einerseits wurde auf die hohen Kosten verwiesen, die durch den Polizei-Einsatz bei Bundesligaspielen entstehen und die von der Allgemeinheit getragen werden

müssen. Gegner einer solchen Abgabe wiesen darauf hin, dass mehr als 90 Prozent der Spiele friedlich ablaufen und fragen, ob es fair wäre, wenn die Fans – die in der deutlichen Mehrheit Fußball-Fans und keine Gewalttäter sind – die Kosten für die Randalen zahlen müssten. Die Diskussion wird in der GRÜNEN-Fraktion weitergehen – genauso wie unter den Schülerinnen und Schülern, da sind wir sicher.

IMPRESSIONEN





UMSETZUNG DER UN-BEHINDERTENRECHTSKONVENTION

Enttäuscht sind wir über den von der CDU/FDP-Landesregierung vorgestellten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass ein Aktionsplan zur Inklusion ohne umfassende Beteiligung aller betroffenen Or-

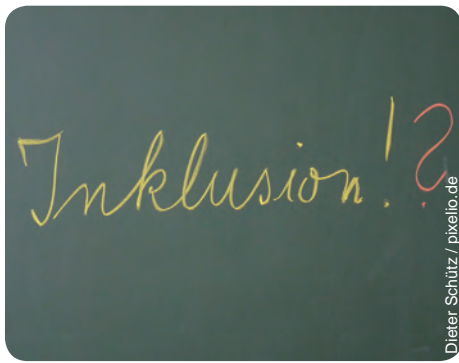
ganisationen erstellt wurde. Die Frankfurter Rundschau berichtete darüber, dass sich einige Behindertenverbände bei der Erarbeitung des Aktionsplans übergangen fühlten.

GRÜTTNERS PLAN IST NUR EIN SAMMELSURIM

Da wundert es nicht, dass Minister Grüttner nur ein Sammelsurium von Allgemeinplätzen zusammengestellt hat. Der vorgelegte Aktionsplan bleibt in weiten Teilen leider völlig beliebig, oberflächlich und ohne konkrete Zeitpläne. Die Landesregierung kommt ihrer Pflicht, Barrieren für Menschen mit Behinderungen abzubauen und Chancen

zur gleichberechtigten Teilhabe zu eröffnen, nicht ausreichend nach.

Wir möchten hier nochmals betonen, dass Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Natürlich kann die UN-Behindertenrechtskonvention nicht von heute auf morgen verwirklicht werden. Es ist aber unsere Aufgabe, ein Klima zu schaffen, in dem mit Empathie und vielseitigem Engagement für dieses Ziel gearbeitet wird. Davon ist Minister Grüttner noch weit entfernt. Wir werden die Umsetzung des Aktionsplans kritisch-konstruktiv begleiten und weitere Initiativen ergreifen, um Inklusion auch in Hessen endlich wirklich voran zu bringen.



KURZ NOTIERT

TERMINE

Die Zukunft der Pflege – Heute für Morgen sorgen:

Am 2. Oktober 2012 wollen wir uns dann in einem weiteren Fachgespräch mit der Zukunft der Pflege beschäftigen. Schließlich wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich ansteigen.

Weitere Informationen zu den Themen, dem Ablauf und der Anmeldung zu diesen und weiteren Terminen finden sich stets immer unter:

www.gruene-hessen.de/termine

RHEINS SPÄTE EINSICHT, FANS ZU BETEILIGEN

Wir begrüßen dass Innenminister Rhein (CDU) endlich auch eingesehen hat, dass die Fanprojekte an einem „Fußballgipfel“, der diesen Namen verdient, in Zukunft beteiligt werden müssen. Diese Erkenntnis hätte er früher haben können. Wir haben gefordert, dass die Fanprojekte und die Fans beteiligt werden müssen, wenn Probleme rund um den Fußball gelöst werden sollen. So ist nach dem ersten Treffen leider der Spruch ‚Außer Spesen nichts gewesen‘ angebracht. Es geht einfach nicht, dass maßgebliche Beteiligte erst gar nicht eingeladen werden. Fanprojekte und Fans gehö-

ren zum Pflichtprogramm bei einer erfolgreichen Bearbeitung der Problematik und können nicht außen vor gelassen werden. Wir fordern, vor allem auch die Problematik vor den Stadien anzupacken. Viele Probleme entstehen bei der An- und Abfahrt, und dies muss bearbeitet werden. Davon war bisher nichts zu hören. Wir nehmen die Probleme ernst, und ohne die Einbindung der Fans werden diese nicht zu lösen sein.

FACHGESPRÄCH EU-DATENSCHUTZREFORM

Die auf den Weg gebrachte europäische Datenschutzreform bedarf noch dringend der Nachbesserung, um zu gewährleisten, dass das hohe deutsche und insbesondere hessische Datenschutz-Niveau gehalten werden kann. Das ergab unser Fachgespräch mit dem hessischen Datenschutzbeauftragten Prof. Dr. Michael Ronellenfitsch und Jan Philipp Albrecht, Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Datenschutz-Grundverordnung.

Insgesamt nahmen über 20 Datenschutz-Experten teil und diskutierten in zwei Runden die EU-Datenschutz-Grundverordnung sowie die EU-Richtlinie zur Datenverarbeitung durch Polizei und Justiz in Europa. Auch nach diesem Gespräch ist klar, dass wir an diesem schwierigen Thema dran bleiben und uns für den bestmöglichen Datenschutz aller Bürgerinnen und Bürger einsetzen werden.

WWW.GRUENE-HESSEN.DE

Wir freuen uns sehr, dass wir endlich unsere runderneuerten Webseite vorstellen konnten. Modernes Aussehen, praktischeres Layout, ein Blog und mehr Multimedia, das sind die wichtigsten Neuerungen die dieser Relaunch mit sich gebracht hat. Schauen Sie sich einfach um, für Fragen, Anregungen, Lob oder Kritik sind wir immer offen. Allen die sich an Diskussionen zu aktuellen politischen Themen in Hessen beteiligen wollen, sei an dieser Stelle noch einmal das Blog ans Herz gelegt. Wir werden in den nächsten Monaten hier versuchen eine Diskussionsplattform zu etablieren und freuen uns über rege Beteiligung.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout: Till Haupt

Fotos: Eigene, pixelio.de

Druck: September 2012